Markus Meckel

Der Berg-Karabach-Konflikt als Herausforderung im Kontext des russischen Krieges gegen die Ukraine

Eine Stellungnahme aus außenpolitischer Perspektive

Abstract

The article presents a brief outline of the development of the conflict over Artsakh since Gorbachev's perestroika. It criticizes the neglect of this conflict by the West, which counts it among the ›frozen conflicts‹, although it has repeatedly claimed lives over the years. People turned a blind eye to Azerbaijan's long-lasting rearmament. After the war in 2020, Russia took on the role of a mediator for peace – but is not filling it. With Russia's war against Ukraine and the related problems of energy supply, the EU sees Azerbaijan as a priority source of energy. Initial EU approaches to protect Armenia, to hold Azerbaijan to account and to point to its responsibility for the Armenian people, including the preservation of its culture in Artsakh, need to be strengthened. Initiatives are needed to draw the world's attention to the tragic situation of Armenia and Artsakh.

Seit meiner ersten Reise nach Jerewan fühle ich mich Armenien sehr verbunden, mich hat diese lange christliche Geschichte und Kultur fasziniert. Gegenüber der Bundesregierung setzte ich mich dafür ein, den Südkaukasus, der im ersten Nachbarschaftsprogramm noch nicht einbezogen war, in dieses Programm zu implementieren, was dann ja auch geschah. Dann kam im Jahr 2005 das Jahr des Gedenkens an den 90. Jahrestag des Völkermords an den Armenien im Jahr 1915, an dem ich an vorderster Stelle an der Resolution des Bundestages mitwirken konnte, die gerade auch die deutsche Mitverantwortung in den Blick genommen hat. So hat mich Armenien seitdem nicht mehr losgelassen. Viele Jahre bin ich nun auch Mitglied im Vorstand des Lepsiushauses in Potsdam – und doch bin ich kein Experte für Armenien oder gar für die armenische Kirche und Kultur. Meine Perspektive ist vor allem eine außenpolitische – und auf diese Fragen möchte ich mich hier auch vor allem konzentrieren.

Kiel-UP • https://doi.org/10.38072/978-3-928794-95-4/p18

Der aktuelle Berg-Karabach-Konflikt gehört in die Geschichte der Perestroika, des Demokratisierungs- und Öffnungsprozess der Sowjetunion gegenüber den verschiedenen Republiken und Unionssubjekten unter Michail Gorbatschow und des Aufbrechens der nationalen Gegensätze in ihr – sowie in die Geschichte des Zerfalls der Sowjetunion. Die Armenier in Berg-Karabach nutzten schon früh die Gelegenheit des Austrittsgesetzes der Sowjetunion vom 3. April 1990 und proklamierten die Unabhängigkeit der ›Republik Berg-Karabach‹. Rechtlich hatte das durchaus eine Chance und sein Recht. Politisch aber fand es keine Akzeptanz in Aserbaidschan – und auch die internationale Gemeinschaft hatte Furcht vor dem Verfall der Sowjetunion in viele kleine Entitäten, so dass diese Unabhängigkeitserklärung international nicht anerkannt wurde. Der folgende Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan 1991–1994 führte zu ca. 30000 Todesopfern und endete mit einem armenischen Sieg, mit der de-facto-Unabhängigkeit Berg-Karabachs (bei gleichzeitig starker Abhängigkeit von Armenien) und der Besetzung der umliegenden sieben Provinzen Aserbaidschans – sowie der Flucht der dortigen aserbaidschanischen Bevölkerung (mehr als 400000). 45000 Azeris verließen Berg-Karabach, etwa 250000 das armenische Staatsgebiet. 390000 Armenier wiederum flohen aus Aserbaidschan nach Armenien. Beide Seiten warfen sich gegenseitig Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen vor. Armenien verweist auf die schon frühen antiarmenischen Massaker in Sumgait vom Februar 1988 sowie in Baku vom Januar 1990, Aserbaidschan benennt die Massaker an der aserbaidschanischen Bevölkerung in Chodschali vom Februar 1992 (mehr als 600 Tote). Die Erinnerung an die (jeweils eigenen) Opfer prägt bis heute die öffentliche Gedenkkultur und dient der Pflege der jeweilig tradierten Erfahrungen – und Feindbilder.

In den darauffolgenden fast drei Jahrzehnten gelang es den Konfliktparteien und auch der ›Minsk-Gruppe‹ der OSZE nicht, den fragilen Waffenstillstand von 1994 in einen vertraglichen Frieden zu überführen. Schon seit 1992 – also noch während des Krieges – wurde diese sogenannte ›Minsk-Gruppe‹ gegründet. Nach anfangs intensiveren Bemühungen erlahmte jedoch das Engagement der beteiligten Staaten. Bis 1998 war die ›de facto-Republik‹ Berg-Karabach wenigstens noch bei den Gesprächen dabei, doch wurde sie dann gänzlich ausgeschlossen. 2007 einigte sich die Minsk-Gruppe in Madrid auf sogenannte Basis-Prinzipien. Diese waren:

- Der Rückzug der armenischen Truppen aus der Umgebung Berg-Karabachs
- Eine Landverbindung von Armenien nach Berg-Karabach (Latschin-Korridor)
- Ermöglichung der friedlichen Rückkehr aller Vertriebenen an ihre Heimatorte
- Ein künftiges Referendum über den endgültigen Status Berg-Karabachs
- Bis zur Klärung ein Interims-Status für Berg-Karabach nicht unter dem status quo der Selbstbestimmung
- Internationales Peacekeeping und Wiederaufbauhilfe

Leider fehlte die Einbeziehung der nicht anerkannten Republik Arzach/Berg-Karabach in den Entscheidungsprozess, die für jede faire Konfliktlösung unerlässlich ist. Der Zeitpunkt des Referendums und die Zusammensetzung der internationalen Truppe blieben offen.

Aserbaidschan lehnte insbesondere das Referendum ab und bestand auf der Festlegung der Zukunft Berg-Karabachs innerhalb der eigenen Grenzen. Doch auch Armenien misstraute der Verlässlichkeit Aserbaidschans, wenn die armenischen Truppen aus den ›Sicherheitszonen‹ zurückgezogen wären. So scheiterte auch dieser Versuch einer Lösung.

Zwischen 2008 und 2011 bemühte sich der russische Präsident Dmitri Medwediew um eine Lösung durch Gespräche, bei mehrfachen Treffen mit den Präsidenten von Armenien und Aserbaidschan Serge Sargsyan und Ilham Alijew. Auch so wurde keine Einigung möglich. Internationale Beobachter sahen die Ursache dafür im fehlenden politischen Willen Russlands, das durch die schwelenden (sogenannte ›eingefrorenen‹) Konflikte Ordnungsmacht im Südkaukasus bleiben wollte. So lieferte Russland an beide Staaten erhebliche Waffenpotentiale (2012 – 90% der armenischen Einfuhren und 60% der aserbaidschanischen Importe).

Aserbaidschan erklärte frühzeitig, es werde auf Dauer das Kriegsergebnis von 1994 nicht akzeptieren und rüstete seit Jahren intensiv auf. Die Kriegsgefahr wuchs stetig, getragen von einer militärischen Rhetorik, insbesondere nach dem erneuten Aufbrechen der Gewalt im April 2016. Diese Drohungen wiederum erschwerten den auch völkerrechtlich geforderten Rückzug der armenischen Truppen aus den sieben besetzten aserbaidschanischen Provinzen um Berg-Karabach, den Armenien als sicherheitspolitisch notwendige ›Pufferzone‹ betrachtete.

Im Jahr 2012 hatte die ›de facto-Republik‹ Berg-Karabach eine Einwohnerschaft von ca. 140000 Menschen. Die Armee hatte eine Stärke von 20-30000 Soldaten, von denen ca. 5000 in ständigem ›Fronteinsatz‹ an der Waffenstillstandslinie waren.

Die Grenze bzw. Waffenstillstandslinie zwischen beiden Ländern blieb geschlossen, eine ursprünglich vorgesehene internationale Überwachung gab es zwischen 1994 und 2020 faktisch nicht. Immer wieder jedoch kam es zu Todesopfern durch Scharfschützen und Scharmützel entlang der Grenze, so dass entgegen dem üblichen Sprachgebrauch in Wahrheit nicht einmal von einem ›eingefrorenen Konflikt‹ gesprochen werden kann. Zwischen den Bevölkerungen beider Länder gab es keinerlei Kontakt, auf beiden Seiten wuchs eine Generation auf, die von der jeweiligen Feindpropaganda gegeneinander geprägt war, ohne dass man sich persönlich begegnen konnte und das Land des anderen kennenlernte. So konnte sich auf keiner Seite eine Zivilgesellschaft entwickeln, die auch eigene Perspektiven in den Konflikt einzubringen in der Lage wäre.

Im Jahr 2009 entwickelte die Europäische Union das Konzept der Östlichen Partnerschaft und bot sowohl Armenien wie Aserbaidschan die dazugehörenden Verträge und Kommunikationsstrukturen an. Aserbaidschan nutzte seine Möglichkeiten von Energielieferungen und gewann so das besondere Interesse der EU. Die von der EU in der Partnerschaft proklamierte Bedeutung von demokratischen und rechtstaatlichen Strukturen traten dagegen mehr in den Hintergrund. Der von der EU mit der Ukraine und Armenien ausgehandelte Assoziierungsvertrag wurde 2011 dann auf massiven russischen Druck hin von beiden Staaten nicht unterzeichnet. Armenien schloss sich dann der von Russland dominierten Orga-

nisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) an. Die EU setzte ihre Bemühungen um die Gestaltung der Nachbarschaft und die Unterstützung fort und es wurde ein eigener Vertrag für diese Kooperation abgeschlossen. In Bezug auf die konkrete Konfliktlösung blieb ein verstärktes Engagement der EU jedoch aus.

Der 44-Tage-Krieg, den Aserbaidschan mit massiver Unterstützung der Türkei am 27. September 2020 vom Zaune brach und der ca. 6500 Todesopfer kostete, endete mit einem Waffenstillstand, den Russland vermittelte. Armenien war militärisch oder auch technisch der weit besser ausgerüsteten (Drohnen aus Israel und der Türkei!) aserbaidschanisch/türkischen Übermacht nicht gewachsen und sah sich gezwungen, den aus armenischer Sicht sehr nachteiligen Bedingungen zuzustimmen. Armenien verlor die Kontrolle über die sieben besetzten aserbaidschanischen Provinzen um Berg-Karabach. Berg-Karabach selbst verlor im Süden ein Drittel des eigenen Gebiets um die Stadt Schuschi an Aserbaidschan. Nur noch ein schmaler Korridor von fünf Kilometern (Latschin) soll in Zukunft den Zugang zwischen Armenien und Berg-Karabach gewährleisten. Die Grenze zwischen Armenien und der Türkei soll geöffnet werden, darüber hinaus sollen die Verkehrsblockaden zwischen Aserbaidschan und seiner Exklave Nachitschewan aufgehoben werden. Damit könnte ein lebendiger wirtschaftlicher Kontakt aus der Türkei, über Nachitschewan und die armenische Provinz Sjunik nach Aserbaidschan ermöglicht werden. Die konkreten Bedingungen dafür sollen zwischen Armenien und der Türkei ausgehandelt werden. Aserbaidschan möchte einen exterritorialen Korridor, den Armenien wiederum ausschließt, da dies seine Souveränität und Kontrolle ausschließen würde. Bis heute konnte keine von beiden akzeptierte Lösung gefunden werden. Auch der avisierte und dringliche Gefangenenaustausch ist noch nicht abgeschlossen.

Armenien hatte im Krieg vergeblich auf die aktive Unterstützung durch seine ›Schutzmacht‹ Russland gehofft, auch die beantragte Unterstützung des OVKS blieb aus. Am Ende vermittelte Russland den Waffenstillstand, der eine totale Niederlage Berg-Karabachs/Armeniens verhinderte, gleichzeitig aber Russland die Schlüsselrolle für jede Lösung gab. Schon früher hatte Russland stark an der Aufrüstung Aserbaidschans mitgewirkt und sich gewissermaßen zwei Eisen im Feuer gehalten. Mit eigenen Truppen (2000 Mann) soll Russland nun die Einhaltung des Waffenstillstands und den künftigen Implementierungsprozess des Waffenstillstands überwachen. Die Türkei wiederum beteiligt sich an einem neu eingerichteten ›Gemeinsamen Russisch-Türkischen Beobachtungszentrum‹, das im Distrikt Agdam angesiedelt ist. Es besteht aus 60 russischen und 60 türkischen Offizieren.

Ein großes Problem ist, dass das Mandat der russischen Truppen nicht klar beschrieben ist. Die Grenzen der Waffenstillstandslinie sind auch nicht klar deklariert. Dies führte im Mai 2021 in der Region Sjunik zu einer Krise, da die aserbaidschanischen Truppen einige Kilometer vorrückten. Noch gefährlicher war der Überfall Aserbaidschans Mitte September 2022, gewissermaßen im Schatten des Ukrainekrieges. Die Truppen rückten über die – nicht gesicherte – Demarkationslinie beim Dorf Sotk und andernorts vor, es gab Tote und schreckliche Verbrechen gegenüber der Zivilbevölkerung.

In der De-facto-Republik Berg-Karabach verstärkt sich mit der russischen Truppenpräsenz unmittelbar der russische Einfluss auch im normalen Alltag. Die Türkei wiederum hat mit Aserbaidschan in der *Deklaration von Schuschi* vom Juni 2021 seine Präsenz im südlichen Drittel von Berg-Karabach festgeschrieben.

Gleichzeitig ist das Verhältnis Russlands zur Republik Armenien gespannt, seit der Ministerpräsident Nikol Paschinian 2018 durch eine Revolution gegen die korrupte und autoritäre Regierung von Serge Sargsian mit anschließenden demokratischen Wahlen an die Macht kam. Zwar hatte Paschinian klugerweise immer das gute Verhältnis zu Russland betont, doch war allein schon seine Machtübernahme durch eine wirklich freie Wahl nach einer demokratischen und friedlichen Revolution ein Stachel für Wladimir Putin. Innenpolitisch wurde nun wiederum die Position des Ministerpräsidenten dadurch geschwächt, dass er die für Armenien nachteiligen Waffenstillstandsbedingungen akzeptiert hat. Dies führte zu vielfältiger und lautstarker Kritik im Lande, insbesondere von den bis 2018 herrschenden alten Eliten, die Morgenluft witterten. So grenzte es dann fast an ein Wunder, dass Paschinian bzw. seine Partei im Juni 2021 letztlich doch die vorgezogene Parlamentswahl nochmals gewann.

Am 10. Dezember 2021 fand in Moskau ein erstes Treffen der ›3 + 3-Kooperationsplattform zur regionalen Neuordnung im Südkaukasus‹ auf der Ebene der Vizeaußenminister statt. Dieses schon länger diskutierte Format vereinigt konzeptionell auf der einen Seite die drei Staaten des Südkaukasus Aserbaidschan, Armenien und Georgien, auf der anderen Seite die drei großen Einflussmächte der Nachbarschaft, Russland, die Türkei und den Iran. Das Format hat die Absicht, den südlichen Kaukasus im Einflussbereich dieser drei großen Staaten festzuhalten und den westlichen Einfluss durch die USA und die EU zu beschränken. Georgien hat sich von Beginn an der von der Türkei eingebrachten Initiative verweigert und hat am Treffen in Moskau auch nicht teilgenommen. Doch erschien es den Einladenden wichtig, wenigstens die georgische Fahne zu hissen, um den Platz für Georgien freizuhalten.

Aserbaidschan hat das neue Format begrüßt und versucht, auf diese Weise den eigenen Einfluss auszubauen und die Früchte des gewonnenen 44-Tage-Krieges ernten zu können. Der russische Krieg gegen die Ukraine und die folgenden Sanktionen und Energieengpässe in Europa erhöhen ebenfalls die Bedeutung Bakus – jedenfalls in diesem Segment. Aserbaidschan ist entschlossen, seine Karten auszuspielen.

Armenien hat als Verlierer des Krieges trotz Bedenken keine Wahl. Es braucht die russische Unterstützung in den anstehenden schwierigen Verhandlungen, sucht jedoch gleichzeitig, die Brücken zur EU tragfähig zu halten und die Beziehungen nicht abreißen zu lassen. Paschinian erklärte, dass das neue Format bereits bestehende Vereinbarungen und Formate nicht replizieren dürfe.

Genau das aber steht zu befürchten. Das Interesse der Sieger, die Verhandlungen der Minsk-Gruppe im Rahmen der OSZE weiterzuführen ist gering. Aserbaidschanische Stimmen stellen auch den Sinn infrage, künftig überhaupt noch über den Status von Berg-Karabach zu verhandeln.

Die EU und auch die OSZE haben sich in den letzten Jahren nicht gerade durch besondere Aufmerksamkeit und Initiativen in der Region hervorgetan. Durch die aktuelle Entwicklung, insbesondere den Krieg Russlands gegen die Ukraine, haben sich die Bedingungen dafür noch weiter verschlechtert. Trotzdem wird es von großer Bedeutung sein, dass die EU ihre Aufmerksamkeit und ihr Engagement erhöht, und zwar nicht nur aus dem Interesse, von Aserbaidschan Energie zu beziehen!

Nach dem Ende des 44-Tage-Krieges gibt es größten Anlass zur Sorge um das armenische Kulturerbe in den nun von Aserbaidschan kontrollierten Gebieten. Schon im Krieg selbst gab es hier erhebliche und z.T. mutwillige Zerstörungen und nun auch die große Gefahr systematischer Vernichtung. Äußerungen und Ankündigungen des Präsidenten Ilham Alijew und seines Kulturministers lassen alle Alarmglocken ertönen. Bedrohlich ist besonders auch die Leugnung des uralten armenischen Kulturerbes durch abwegige Theorien, die dieses als »kaukasisch-albanisches Erbe« deklarieren, wodurch die Zerstörung legitimiert werden soll. Die internationale Staatengemeinschaft ist aufgerufen, dem Einhalt zu gebieten und das Kulturgut zu schützen. Seine Bedeutung geht auch weit über Armenien hinaus, gehört es doch weltweit zu den ältesten Zeugnissen des Christentums. Es bleibt die Hoffnung, dass die Weckrufe des Internationalen Gerichtshofes (Dezember 2021), des Europäischen Parlaments (März 2022) und des US State Department (Juni 2022) sowie unser eigener Aufruf dazu beitragen, den notwendigen Schutz dieses Kulturerbes zu gewährleisten.

Mit dem gegenwärtigen Krieg Russlands in der Ukraine haben sich die Bedingungen auch dafür leider deutlich verschlechtert. Ein wirkliches Interesse Russlands ist nicht zu erkennen, jedenfalls gab es keine russischen Initiativen zum Schutz dieses Erbes. Die Möglichkeiten der USA und der EU, in diesem Sinne auf das in der Ukraine einen Eroberungskrieg führende Russland einzuwirken, sind höchst begrenzt.

Ursula von der Leyen hatte als Präsidentin der Europäischen Kommission bei ihrem Besuch in Baku ausschließlich die gewünschten Energielieferungen im Blick, welche helfen sollen, die bisher aus Russland kommenden zu kompensieren. Eine Sorge um die Vernichtung des armenischen Kulturerbes wurde nicht zum Ausdruck gebracht. Dies für die künftige Ausgestaltung der EU-Aserbaidschanischen Beziehungen zu verändern und seinen Schutz zu einer Dimension dieser Beziehungen zu machen, wird die Aufgabe der nächsten Monate sein müssen. Die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Karlsruhe im September 2022 hat erfreulicherweise das Thema aufgegriffen, in den Kirchen ist es inzwischen präsent. Auch die armenische Diaspora, die in vielen Ländern der Welt aktiv ist, sollte hier noch stärker ihre Stimme erheben.

Seit der militärischen Offensive Aserbaidschans am 13. September 2022 und in den folgenden Tagen, bei der es wieder zu Toten und erschreckenden Grausamkeiten und Kriegsverbrechen kam und die zur Flucht Tausender armenischer Zivilisten führte, ist die Dringlichkeit auch europäischen Handelns noch gestiegen. Ein erstes Hoffnungszeichen besteht darin, dass die europäische Kommission nun aktiv geworden ist, und es nun erst einmal zu einer begrenzten zivilen Beobachtermission kommen soll, die – vom armenischen Terri-

torium aus – die Lage eruieren soll. Aserbaidschan hat bisher den Zugang verwehrt. Doch dies kann nur ein Anfang sein. Deutschland sollte sich hier verstärkt und nachhaltig für die Erweiterung und Verlängerung des Mandats einsetzen. Ein solches Engagement sollte eingebettet sein in ein noch mehr konzeptionelles Handeln der EU im Südkaukasus insgesamt, der auch nach dem Krieg in der Ukraine für Europa von hohem Interesse sein muss.

Wichtige Fragen zur Gestaltung der Zukunft von Berg-Karabach richten sich jedoch auch an Armenien selbst. Angesichts der existentiellen Bedrohungen wird es von besonderer Bedeutung sein, dass die armenische Regierung in den anstehenden Verhandlungen von einem möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens gestützt wird. Dazu braucht es einen offenen gesellschaftlichen Diskurs, der nach meinem Eindruck noch weitgehend fehlt – bzw. so vergiftet ist, dass er die Zukunft Armeniens belastet. Hier ist mit der gesamten Gesellschaft auch die Kirche herausgefordert. Die Fragen, die einer Beantwortung harren, sind vielfältig. Ich nenne nur zwei: Was sind nach diesem Krieg die Ziele für die Zukunft? Wird die Hoffnung auf Revanche genährt, darauf, die Ergebnisse des Waffenstillstands auch geografisch noch einmal (militärisch) zu verändern? Oder wird es den Versuch geben, im Rahmen der Verhandlungen nach den besten Möglichkeiten für eine sichere und stabile, friedliche und gedeihliche politische und wirtschaftliche Entwicklung zu suchen, in welcher das armenische Volk in der Republik Armenien wie in Berg-Karabach frei, demokratisch und selbstbestimmt leben und seine Zukunft gestalten kann?

Von der Beantwortung dieser Fragen wird viel abhängen. Gerade da, wo durch die Kooperation vergangener Jahre zwischen Partnern in Deutschland und Europa Vertrauen gewachsen ist, sollte das offene Gespräch auch über solche Fragen nicht vermieden werden.

Autor

Markus Meckel
Pastor, Außenminister a.D., MdB 1990–2009, Berlin, Deutschland, http://markusmeckel.eu/

Մարկուս Մեկել

Լեռնային Ղարաբաղի հակամարտությունը որպես մարտահրավեր Ուկրաինայի դեմ ռուսական պատերազմի համատեքստում

Մի դիրքորոշում արտաքին քաղաքականության տեսանկյունից

Երևան կատարած առաջին ուղևորությունիցս ի վեր, ես ինձ շատ կապված եմ զգացել Հայաստանի հետ, քանի որ հիացած էի այս երկրի հնամյա քրիստոնեական պատմությամբ ու մշակույթով: Գերմանիայի դաշնային կառավարության առջև ես ներկայացրել եմ Հարավային Կովկասը, որը դեռևս ներառված չէր Եվրոպական միության հարևանության առաջին ծրագրում, անպայման ներգրավելու դրա մեջ, ինչը և հետագայում իսկապես տեղի ունեցավ: Ապա 2005 թ. եկավ Հայաստանի հանդեպ գործված 1915-ի Ցեղասպանության 90-րդ հիշատակման տարելիցը, որի ընթացքում անձամբ ես նույնպես կարողացա առաջատար դիրքում աշխատել Բունդեսթագի բանաձևի վրա, որը ուղղակիորեն մատնանշում էր նաև Գերմանիայի պատասխանատվությունը: Այդ ժամանակվանից ի վեր Հայաստանն ինձ այլևս բաց չի թողել: Արդեն երկար տարիներ է, ինչ ես նաև Պոտսդամի Լեփսիուսի տուն-թանգարանի խորհրդի անդամ եմ, չնայած որ ինքս Հայաստանի կամ ընդհանրապես հայկական եկեղեցու և մշակույթի փորձագետ չեմ: Այդ իսկ պատճառով, իմ տվյալ տեսակետը, դա առաջին հերթին՝ արտաքին քաղաքականության դիտանկյունն է, և հենց այս հարցերի վրա ես կցանկանայի կենտրոնանալ այստեղ:

Լեռնային Ղարաբաղի ներկայիս հակամարտությունը պատկանում է թե՛ վերակառուցման (պերեստրոյկայի) և թե՛ Խորհրդային միության փլուզման պատմությանը, երբ, Միխայիլ Գորբաչովի օրոք, մի կողմից սկսվեց Խորհրդային միության դեմոկրատացման և բացման գործընթացը՝ տարբեր հանրապետությունների և միութենական սուբյեկտների հանդեպ, իսկ մյուս կողմից, վերջիններիս ներսում, տեղի ունեցավ ազգային տարաձայնությունների պոռթկում: Լեռնային Ղարաբաղի հայերը դեռևս 1990 թ. ապրիլի 3-ին օգտվեցին Խորհրդային միությունից դուրս գալու մասին օրենքով ընձեռված հնարավորությունից և հռչակեցին ‹Լեռնային Ղարաբաղի Հանրապետության› անկախությունը: Իրավական առումով դա, անշուշտ, ուներ իր իրավունքն ու հաջողության հավանականությունը: Քաղաքական առումով, սակայն, դա չընդունվեց Ադրբեջանում, և միջազգային

հանրությունը նույնպես այն վախն ունեցավ, որ Խորհրդային միությունը նման կերպ կտրոհվի բազմաթիվ փոքր միավորների, ինչի պատճառով անկախության այդ հռչակագիրը չճանաչվեց միջազգայնորեն: Դրան հաջորդող 1991-1994 թթ. պատերազմը, Հայաստանի և Ադրբեջանի միջև, հանգեցրեց շուրջ 30000 զոհերի և ավարտվեց հայերի հաղթանակով՝ Լեռնային Ղարաբաղի դե ֆակտո անկախությամբ (ինչը միևնույն ժամանակ մեծ կախվածություն էր նշանակում Հայաստանից), Ադրբեջանի շրջակա յոթ շրջանների գրավմամբ, ինչպես նաև տեղի ադրբեջանական բնակչության փախուստով (ավելի քան 400000): 45000 ադրբեջանցի լքեցին Լեռնային Ղարաբաղը, շուրջ 250000-ը՝ Հայաստանի տարածքը: Իսկ Ադրբեջանից Հայաստան փախան իրենց հերթին 390000 հայ: Երկու կողմերն էլ միմյանց մեղադրեցին ռազմական հանցագործությունների և մարդու իրավունքների խախտման մեջ: Հայաստանը վկայակոչում էր արդեն իսկ 1988 թ. փետրվարին Սումգայիթում և 1990 թ. հունվարին Բաքվում տեղի ունեցած հակահայկական ջարդերը, իսկ Ադրբեջանը նշում էր 1992 թ. փետրվարին Խոջալուի ադրբեջանական բնակչության կոտորածը (ավելի քան 600 մահացած): Այդ (ամեն մեկն իր սեփական) զոհերի հիշատակը դեռևս ձևավորում է հանրային հիշողության մշակույթն ու ծառայում համապատասխան ավանդական փորձի և թշնամու պատկերների պահպանմանը:

Հետագա գրեթե երեք տասնամյակում ոչ հակամարտող կողմերը, ոչ էլ ԵԱՀԿ Մինսկի խումբը չկարողացան 1994 թ. կնքված փխրուն զինադադարը վերածել պայմանագրային խաղաղության: Այս, այսպես կոչված, «Մինսկի խումբը» հիմնադրվել էր դեռևս 1992 թ., այսինքն՝ բուն պատերազմի ժամանակ: Սակայն, սկզբնական ինտենսիվ ջանքերից հետո, մասնակից պետությունների հանձնառությունը գնալով թուլացավ: Մինչև 1998 թ. Լեռնային Ղարաբաղի ‹դե ֆակտո հանրապետությունն› առնվազն մասնակցում էր բանակցություններին, բայց այնուհետև այն ընդհանրապես դուրս մղվեց: 2007 թ. Մադրիդում Մինսկի խումբը համաձայնեց այսպես կոչված հիմնարար սկզբունքների շուրջ: Դրանք էին՝

- Հայկական զորքերի դուրսբերումը Լեռնային Ղարաբաղի շրջակայքից
- Ցամաքային կապ Հայաստանից Լեռնային Ղարաբաղ (Լաչինի միջանցք)
- Բոլոր տեղահանվածների խաղաղ վերադարձ իրենց հայրենի տարածքներ
- Լեռնային Ղարաբաղի վերջնական կարգավիճակի վերաբերյալ ապագա հանրաքվե
- Մինչև այդ հստակեցումը, Լեռնային Ղարաբաղի միջանկյալ կարգավիճակը պետք չէ ինքնորոշման ստատուս քվոյից ցածր լինի
- Միջազգային խաղաղապահություն և վերականգնման համար անհրաժեշտ օգնություն

Ցավոք սրտի, որոշումների կայացման գործընթացում, այլևս բացակայում էր չճանաչված Արցախի/Լեռնային Ղարաբաղի Հանրապետության ընդգրկումը, ինչն անշուշտ էական նշանակություն ունի ցանկացած հակամարտության արդարացի

կարգավորման համար։ Հանրաքվեի անցկացման հստակ ժամկետն ու միջազգային ուժերի կազմավորման խնդիրը ևս բաց մնացին։ Ադրբեջանը հատկապես դեմ էր հանրաքվեին և պնդում էր Լեռնային Ղարաբաղի ապագան միայն իր ներպետական սահմաններում որոշելու պայմանը։ Սակայն Հայաստանը նույնպես չէր վստահում Ադրբեջանի հուսալիությանը՝ այսպես կոչված «անվտանգության գոտիներից» հայկական զորքերի դուրս բերման հետևանքների պարագայում։ Այդպիսով՝ տվյալ լուծման փորձը նույնպես ձախողվեց։

2008-2011 թթ. Ռուսաստանի նախագահ Դմիտրի Մեդվեդիևը փորձում էր լուծումը փնտրել բանակցությունների միջոցով՝ բազմաթիվ հանդիպումներ ունենալով Հայաստանի և Ադրբեջանի նախագահներ Սերժ Սարգսյանի և Իլհամ Ալիևի հետ։ Սակայն, այս եղանակով ևս, հնարավոր չեղավ հասնել համաձայնության։ Միջազգային դիտորդները դրա պատճառը տեսնում էին Ռուսաստանի քաղաքական կամքի բացակայության մեջ, որը, Հարավային Կովկասում մնացող (այսպես կոչված՝ «սառեցված») հակամարտությունների պատճառով, ցանկանում էր մնալ այս տարածաշրջանում իբրև կարգավորող ուժ։ Այսպես օրինակ՝ Ռուսաստանը երկու երկրներին էլ մատակարարում էր զգալի քանակությամբ զենք ու զինամթերք (2012 թ. այն կազմում էր հայկական ներմուծման 90%-ը և ադրբեջանականի՝ 60%-ը)։

Ադրբեջանն իր կողմից շատ շուտ հայտարարեց, որ չի ընդունելու 1994 թ. պատերազմի արդյունքները երկարաժամկետ հեռանկարում և տարիներ շարունակ սկսեց ինտենսիվ կերպով զինվել։ Պատերազմի վտանգը անշեղորեն աճում էր՝ բորբոքվելով ռազմական հռետորաբանությամբ, հատկապես 2016 թ. ապրիլին բռնության վերսկսումից հետո։ Այս սպառնալիքներն իրենց հերթին դժվարացնում էին, միջազգային իրավունքի համաձայն պահանջվող, հայկական զորքերի դուրսբերումը Լեռնային Ղարաբաղին հարող ադրբեջանական յոթ գրավված շրջաններից, որոնք Հայաստանը, քաղաքական անվտանգության նկատառումներից ելնելով, դիտարկում էր որպես «բուֆերային գոտի»։

2012 թ. Լեռնային Ղարաբաղի ‹դե ֆակտո հանրապետությունն› ուներ մոտ 140000 բնակչություն։ Նրա պաշտպանության բանակում կար 20000-30000 զինվորական, որոնցից շուրջ 5000-ը մշտապես «ֆրոնտային հերթապահության» մեջ էր գտնվում՝ զինադադարով հաստատված շփման գծում։

Երկու երկրների միջև սահմանը կամ հրադադարի գիծը փակ էր մնում, և 1994-2020 թթ. ընթացքում նախատեսված միջազգային վերահսկողությունը փաստորեն տեղի չունեցավ։ Սակայն այդ ժամանակահատվածում կրկին ու կրկին զոհեր եղան՝ դիպուկահարների խոցումների և սահմանի երկայնքով փոխհրաձգությունների հետևանքով, այնպես որ, ի հակադրություն սովորական դարձած եզրույթի, այստեղ նույնիսկ հնարավոր չէր խոսել «մի սառեցված հակամարտության» մասին։ Երկու երկրների բնակչությունների միջև չկար որևէ շփում։ Ուստի, երկու կողմից էլ մեծացավ մի նոր սերունդ, որը ներշնչված էր միմյանց դեմ համապատասխան թշնամության պրոպագանդայով՝ չկարողանալով անձամբ հանդիպել իրար և իսկապես ճանաչել դիմացինի երկիրը։ Արդյունքում՝ կողմերից ոչ մեկը չհաջողեց

զարգացնել այնպիսի քաղաքացիական հասարակություն, որը նույնպես կկարողանար իր սեփական հեռանկարներով ներազդել հակամարտության վրա։

2009 թ. Եվրամիությունը մշակեց Արևելյան գործընկերության հայեցակարգն ու առաջարկեց Հայաստանին և Ադրբեջանին համապատասխան ասոցացված համաձայնագրերն ու հաղորդակցման կառույցները։ Ադրբեջանն իսկույն օգտագործեց էներգամատակարարման իր հնարավորություններն ու դրանով արժանացավ, անշուշտ, ԵՄ հատուկ հետաքրքրությանը։ Սակայն, ի հակադրություն դրան, ավելի հետին պլան մղվեց ԵՄ կողմից գործընկերության պարագայում հռչակված ժողովրդավարական և իրավական կառույցների կարևորությունը։ Իսկ, օրինակ, Ուկրաինայի և Հայաստանի դեպքում, ԵՄ կողմից բանակցված ասոցացման համաձայնագիրը 2011 թ. չստորագրվեց՝ Ռուսաստանի վիթխարի ճնշման պատճառով։ Դրա փոխարեն Հայաստանը միացավ Ռուսաստանի կողմից գերակշռվող Հավաքական անվտանգության պայմանագրի կազմակերպությանը (ՀԱՊԿ)։ Չնայած դրան՝ ԵՄ շարունակեց իր հարևանության ծրագրի կառուցման ջանքերն ու աջակցությունը, և այդ համագործակցության ուղղությամբ ստորագրվեց առանձին պայմանագիր։ Ինչ վերաբերում է հակամարտության կոնկրետ կարգավորմանը, այնուամենայնիվ, ԵՄ ուժեղացված ներգրավումը բնականաբար դուրս մնաց հորիզոնից։

44-օրյա պատերազմը, որը Ադրբեջանը սանձազերծեց 2020 թ. սեպտեմբերի 27-ին Թուրքիայի լայն աջակցությամբ, և որը շուրջ 6500 մարդու կյանք խլեց, ավարտվեց Ռուսաստանի միջնորդությամբ կնքված հրադադարով։ Ռազմական առումով Հայաստանը չէր կարող մրցել ադրբեջանա-թուրքական գերիշխանության հետ, որը թե՛ ռազմական և թե՛ տեխնիկական առումով (Իսրայելից և Թուրքիայից ներմուծված անօդաչու թռչող սարքերով) շատ ավելի լավ էր պատրաստված, և ստիպված եղավ համաձայնվել հայկական տեսակետից շատ անբարենպաստ պայմաններին։ Հայաստանը կորցրեց Լեռնային Ղարաբաղը շրջապատող յոթ գրավված ադրբեջանական շրջանների վերահսկողությունը։ Լեռնային Ղարաբաղն ինքնին կորցրեց հարավում իր տարածքի մեկ երրորդն ու Շուշի քաղաքը։ Ապագայում, պետք է որ միայն հինգ կիլոմետրանոց նեղ (Լաչինի) միջանցքը ապահովեր Հայաստանի և Լեռնային Ղարաբաղի կապը։ Հայաստանի և Թուրքիայի միջև սահմանը պետք է որ բացվեր, իսկ Ադրբեջանի և Նախիջևանի էքսկլավի միջև տրանսպորտային շրջափակումները՝ առհասարակ վերացվեին։ Սա կարող էր աշխույժ տնտեսական կապի հնարավորություն ստեղծել Թուրքիայից դեպի Ադրբեջան՝ Նախիջևանի և հայկական Սյունիքի մարզի վրայով։ Դրա կոնկրետ պայմանները պետք է սակայն բանակցվեն Հայաստանի և Թուրքիայի միջև։ Ադրբեջանը ցանկանում է արտատարածքային միջանցք, որը Հայաստանն իր հերթին մերժում է, քանի որ դա կբացառի իր ինքնիշխանությունն ու վերահսկողությունը։ Մինչ օրս հնարավոր չի եղել գտնել այնպիսի լուծում, որը երկու պետությունների կողմից էլ ընդունելի կլինի։ Նաև հայտարարված ու անհապաղ գերիների փոխանակումը դեռևս չի ավարտվել։

Պատերազմի ընթացքում Հայաստանն ապարդյուն հույսեր էր կապում իր «պաշտպանի»՝ Ռուսաստանի ակտիվ աջակցության հետ։ Բայց, հակառակ դրան, նաև ՀԱՊԿ-ին ուղղված աջակցության խնդրանքը չիրականացավ։ Ի վերջո, Ռուսաստանը միջնորդեց հրադադարը, որն, անշուշտ, կանխեց Լեռնային Ղարաբաղի/Հայաստանի լիակատար պարտությունը, բայց միևնույն ժամանակ հենց Ռուսաստանին տվեց այն առանցքային դերը, որն անհրաժեշտ էր ցանկացած լուծման պարագայում։ Նախապես Ռուսաստանը մեծ դեր էր խաղացել Ադրբեջանի սպառազինման գործում և, ինչպես մեր լեզվով ասվում է, երկու շիկացող երկաթ էր պահել կրակի մեջ։ Այժմ միևնույն Ռուսաստանը իր սեփական զորքերով (2000 մարդ) պետք է վերահսկի թե՛ կնքված հրադադարի պահպանումը և թե՛ նույն այդ հրադադարի հետագա իրականացման գործընթացը։ Թուրքիան իր հերթին մասնակցություն է բերում ներկայումս Աղդամի շրջանում նորաստեղծ «Ռուս-թուրքական համատեղ դիտորդական կենտրոնին», որը բաղկացած է 60 ռուս և 60 թուրք սպաներից։

Մեծ խնդիրը կայանում է նրանում, որ հստակ ձևակերպված չէ ռուսական զորքերի մանդատը։ Ջինադադարի սահմանագծերը նույնպես հստակ հայտարարված չեն։ Սա 2021 թ. մայիսին հանգեցրեց Սյունիքի մարզում ընդհարումներին, քանի որ ադրբեջանական զորքերը մի քանի կիլոմետր առաջ էին եկել։ Էլ առավել վտանգավոր էր Ադրբեջանի հարձակումը 2022 թ. սեպտեմբերի կեսերին, ինչը որոշակի չափով տեղի ունեցավ ուկրաինական պատերազմի ստվերում։ Զորքերը առաջ անցան չսահմանազատված գծով Սոթք գյուղի մոտակայքում և այլուր։ Եղան կրկին զոհեր և սարսափելի հանցագործություններ խաղաղ բնակչության դեմ։

Լեռնային Ղարաբաղի դե ֆակտո հանրապետությունում ռուսական զորքերի ներկայությունն ուղղակիորեն ուժեղացնում է Ռուսաստանի ազդեցությունը նաև նորմալ առօրյա կյանքում։ Մյուս կողմից Թուրքիան, 2021 թ. հունիսին Ադրբեջանի հետ վավերացնելով «Շուշիի հռչակագիրը», ամրագրեց իր ներկայությունը Լեռնային Ղարաբաղի հարավային մասի մեկ երրորդում։

Միևնույն ժամանակ, Ռուսաստանի հարաբերակցությունը ՀՀ հետ շարունակում է լարված մնալ, քանի որ վարչապետ Նիկոլ Փաշինյանը, 2018 թ. Սերժ Սարգսյանի կոռումպացված և ավտորիտար կառավարության դեմ բարձրացված հեղափոխության և ժողովրդավարական ընտրությունների շնորհիվ է եկել իշխանության գլուխ։ Չնայած որ Փաշինյանը մշտապես ողջամտորեն շեշտել է Ռուսաստանի հետ լավ հարաբերությունների կարևորությունը, բայց, միևնույն է, միայն ու միայն նրա իշխանության ստանձնումը՝ ժողովրդավարական և խաղաղ հեղափոխությունից հետո, արդեն իսկ լուրջ խայթոց էր Վլադիմիր Պուտինի համար։ Վարչապետի դիրքն այժմ թուլացել է ներքաղաքական առումով, քանի որ նա ընդունել է Հայաստանի համար անբարենպաստ հրադադարի պայմանները։ Այս փաստը հանգեցրել է երկրում բազմաշերտ և բարձրաձայն քննադատության՝ հատկապես մինչ 2018 թ. իշխող հին էլիտաների դեպքում, որոնք կարծես թե կրկին իրենց նպաստող առավոտյան թարմ օդ էին զգում։ Ուստի, դա գրեթե հրաշք էր,

որ Փաշինյանն ու իր կուսակցությունը 2021 թ. հունիսին ևս մեկ անգամ հաղթեցին արտահերթ խորհրդարանական ընտրություններում:

2021 թ. դեկտեմբերի 10-ին Մոսկվայում տեղի ունեցավ «Հարավային Կովկասում տարածաշրջանային նոր կարգավորման 3+3 համագործակցության հարթակի» առաջին հանդիպումը՝ արտաքին գործերի փոխնախարարների մակարդակով: Այս, արդեն իսկ երկար ժամանակ քննարկվող ձևաչափն, իր կոնցեպտով պետք է որ միավորեր մի կողմից Հարավային Կովկասի երեք պետությունները՝ Ադրբեջանը, Հայաստանն ու Վրաստանը, և մյուս կողմից՝ վերջիններիս հարևանությամբ գտնվող երեք խոշոր ազդեցության տերությունները՝ Ռուսաստանը, Թուրքիան և Իրանը: Այս ձևաչափը նպատակ ուներ Հարավային Կովկասը պահել նշված երեք խոշոր պետությունների ազդեցության տակ և, միևնույն ժամանակ, սահմանափակել ԱՄՆ և ԵՄ միջոցով հնարավոր արևմտյան ազդեցությունը: Վրաստանը սկզբից ևեթ մերժեց Թուրքիայի կողմից իրեն առաջարկված տվյալ նախաձեռնությունն ու անգամ չմասնակցեց Մոսկվայի հանդիպմանը: Սակայն հրավիրողների համար կարևոր էր, որ գոնե վրացական դրոշը բարձրացվի այդտեղ՝ Վրաստանի (ապագա) մասնակցության համար ազատ տեղ ապահովելու համար:

Ադրբեջանն, անշուշտ, ողջունեց այս նոր ձևաչափը և փորձեց այդ կերպ ընդլայնել իր ազդեցությունն ու վերջապես քաղել 44-օրյա պատերազմի բոլոր արդյունքները: Ուկրաինայի դեմ Ռուսաստանի պատերազմը և դրան հաջորդած պատժամիջոցներն ու Եվրոպայում էներգետիկ սղությունները, նույնպես մեծացրել էին Բաքվի կարևորությունը, համենայն դեպս, այս սեգմենտում: Դրա համար էլ Ադրբեջանը վճռական է տրամադրված այս խաղաքարտերը օգտագործելու համար:

Հայաստանը՝ որպես պատերազմի պարտվող կողմ, չնայած իր մտահոգություններին, չունի ուրիշ այլընտրանք: Այն բնականաբար կախված է Ռուսաստանի աջակցությունից՝ առաջիկա դժվար բանակցություններում, բայց միևնույն ժամանակ ձգտում է ամուր պահել ԵՄ հետ եղող կապերն ու թույլ չտալ, որ խզվեն այս հարաբերությունները: Այդ պատճառով Փաշինյանը հայտարարեց, որ այս նոր ձևաչափը չպետք է նմանակի արդեն իսկ գոյություն ունեցող համաձայնագրերն ու ձևաչափերը:

Բայց դա հենց այն է, ինչից որ պետք էր վախենալ: Հաղթողները քիչ հետաքրքրություն ունեն բանակցությունները ԵԱՀԿ Մինսկի խմբի շրջանակներում շարունակելու հարցում: Բացի այդ, ադրբեջանական պնդումները կասկածի տակ են դնում ապագայում Լեռնային Ղարաբաղի կարգավիճակի շուրջ առհասարակ բանակցելու իմաստը:

Վերջին տարիներին ԵՄ և ԵԱՀԿ-ն աչքի չեն ընկել ոչ տարածաշրջանի նկատմամբ առանձնահատուկ ուշադրությամբ, ոչ էլ նախաձեռնություններով: Ներկայիս զարգացումների պատճառով, մասնավորապես Ռուսաստանի պատերազմն Ուկրաինայի դեմ, ավելի են վատթարացրել դրանց համար անհրաժեշտ նախապայմանները: Այնուամենայնիվ, չափազանց կարևոր է, որ ԵՄ-ը մեծացնի իր ուշադրությունը Հարավային Կովկասի նկատմամբ ու իր ներգրավվածությունն

այս տարածաշրջանում: Եվ սա պետք է արվի ոչ միայն Ադրբեջանից էներգետիկ ռեսուրսներ ստանալու շահերից ելնելով:

44-օրյա պատերազմի ավարտից հետո մեծագույն մտահոգություն է առաջացնում հայկական մշակութային ժառանգության խնդիրը Ադրբեջանի վերահսկողության տակ գտնվող տարածքներում: Արդեն իսկ պատերազմի ժամանակ այստեղ եղել են էական, ու երբեմն նաև կամայական, ավերումներ: Իսկ այժմ առկա է նաև համակարգված ոչնչացման մեծ վտանգը: Նախագահ Իլհամ Ալիևի ու նրա մշակույթի նախարարի արտահայտություններն ու ծանուցումները հնչեցնում են բոլոր հնարավոր ահազանգերը: Հատկապես վտանգավոր է այստեղի հնագույն հայկական մշակութային ժառանգության ժխտումը՝ մոլորեցնող տեսությունների միջոցով, որոնք այն որպես «կովկասյան-ալբանական ժառանգություն» են հայտարարում, ինչն էլ իր հերթին իբրև թե օրինականացնում է դրա ոչնչացումը: Միջազգային հանրությանը կոչ է արվում դադարեցնել սա և պաշտպանել այս մշակութային արժեքները: Դրա նշանակությունը շատ ավելի ու Հայաստանից անդին է տարածվում, քանի որ այն քրիստոնեության ամենահին վկայություններից մեկն է հանդիսանում ամբողջ աշխարհում: Հուսով ենք, որ այս առումով Միջազգային դատարանի (2021 թ. դեկտեմբեր), Եվրոպական խորհրդարանի (2022 թ. մարտ) և ԱՄՆ պետդեպարտամենտի (2022 թ. հունիս) արթնացնող կոչերն, ինչպես նաև մեր այս գիտաժողովի համատեղ կոչը, կօգնեն անհրաժեշտ կերպով ապահովել մշակութային ժառանգության պաշտպանությունը:

Ցավոք, Ուկրաինայում Ռուսաստանի ներկայիս պատերազմի հետ մեկտեղ զգալիորեն վատթարացել են նաև այս գործընթացի համար անհրաժեշտ պայմանները: Ռուսաստանի իրական հետաքրքրությունն այս հարցում բնավ չի երևում: Ամեն դեպքում չեն եղել ռուսական որևէ նախաձեռնություններ՝ այդ ժառանգության ռեալ պաշտպանության համար: ԱՄՆ և ԵՄ հնարավորությունները չափազանց սահմանափակ են, որպեսզի այս առումով ազդեն ներկայումս Ուկրաինայում նվաճողական պատերազմ վարող Ռուսաստանի վրա:

Երբ Եվրահանձնաժողովի նախագահ Ուրսուլա ֆոն դեր Լայենն այցելում էր Բաքու, ապա նրա ուշադրությունը բացառապես էներգիայի ցանկալի մատակարարումներին էր սևեռված, որոնք պետք է օգնեն փոխարինելու մինչ այժմ Ռուսաստանից եկածին: Որևէ մտահոգություն չի արտահայտվել հայկական մշակութային ժառանգության ոչնչացման վերաբերյալ: Ուստի մոտակա ամիսների խնդիրն է փոխել այս ամենը՝ ԵՄ-Ադրբեջան հարաբերությունների ապագա կառուցվածքի համար, և մշակույթի պաշտպանությունը դարձնել հարաբերությունների չափանիշներից մեկը: Ուրախալի է, որ 2022 թ. սեպտեմբերին Կառլսրուհե քաղաքում կայացած Եկեղեցիների համաշխարհային խորհրդի համաժողովում այս խնդիրը ևս քննարկվեց, քանի որ այն այժմ առկա է քրիստոնեական հարանվանությունների տեսադաշտում: Հայկական սփյուռքը, որն ակտիվ է աշխարհի շատ երկրներում, պետք է այս հարցում նույնպես ավելի ուժեղ բարձրաձայնի:

2022 թ. սեպտեմբերի 13-ի Ադրբեջանի ռազմական հարձակումից և դրան հաջորդած օրերից հետո, երբ կրկին սպանություններ, սարսափելի դաժանություններ և պատերազմական հանցագործություններ, ինչպես նաև հազարավոր հայ քաղաքացիական անձանց փախուստ տեղի ունեցավ, եվրոպական ներգրավումի հրատապությունն էլ ավելի աճեց: Հույսի առաջին նշանն այն է, որ Եվրահանձնաժողովը սկսել է գործել և այժմ նախատեսել է սահմանափակ քաղաքացիական դիտորդական առաքելություն, որը պետք է վերահսկի իրավիճակը Հայաստանի տարածքից: Ադրբեջանը մինչ օրս մերժել է նրանց մուտքն իր սահմաններից ներս: Բայց սա կարող է միայն սկիզբը լինել: Գերմանիան պետք է ավելի ուժեղ ու մնայուն կերպով ջանքեր գործադրի նշված առաքելության մանդատի ընդլայնման ու երկարաձգման համար: Նման ներգրավվածությունը պետք է իր մեջ ընդգրկի ամբողջ Հարավային Կովկասում ԵՄ էլ ավելի կոնցեպտուալ գործառությունը, ինչը պետք է հենց Եվրոպայի համար մեծ հետաքրքրություն ունենա՝ հատկապես Ուկրաինայի պատերազմի ավարտից հետո:

Այսուամենայնիվ, Լեռնային Ղարաբաղի ապագայի ձևավորման կարևոր հարցերը վերաբերում են նաև Հայաստանին: Կենսական սպառնալիքների պայմաններում հատկապես կարևոր է, որ առաջիկա բանակցություններում Հայաստանի կառավարությունը կոնսենսուսի մեջ լինի հասարակության հնարավորինս լայն շրջանակների հետ: Դրա համար անհրաժեշտ է բաց հասարակական դիսկուրս, որը, իմ կարծիքով, առայժմ կամ բացակայում է, կամ էլ այնքան է թունավորված, որ պարզապես ծանրաբեռնում է Հայաստանի ապագան: Այս հարցում եկեղեցին ևս, ինչպես և ողջ հասարակությունը, կանգնած է մարտահրավերի առջև: Հարցերը, որոնք սպասում են պատասխանին, բազմազան են: Ես կարող եմ դրանցից երկուսը մատնանշել. որո՞նք են այս պատերազմից հետո առաջադրված նպատակներն ապագայի վերաբերյալ: Արդյոք կսնուցվի՞ ռևանշի հույսը՝ զինադադարի արդյունքները նաև աշխարհագրական առումով ևս մեկ անգամ (ռազմական եղանակով) փոխելու համար: Կամ կլինի՞ այնպիսի մի փորձ, բանակցությունների շրջանակներում, որոնել լավագույն միջոցները՝ անվտանգ ու կայուն, խաղաղ ու բարգավաճ քաղաքական և տնտեսական զարգացման համար, ինչի շնորհիվ հայ ժողովուրդը, թե՛ ՀՀ-ում և թե՛ ԼՂ-ում, ազատ, ժողովրդավարական և ինքնիշխան կերպով կկարողանա ապրել ու ձևավորել իր ապագան:

Այս հարցերին պատասխանելուց շատ բան է կախված: Հատկապես այն դեպքում, երբ, անցած տարիների համագործակցության շնորհիվ, աճել է վստահությունը Գերմանիայի և Եվրոպայի գործընկերների հետ, ապա պետք չէ խուսափել նման հարցերի վերաբերյալ բաց հաղորդակցությունից:

Հեղինակ

Մարկուս Մեկել
Գերմանիայի ավետարանական եկեղեցու պաստոր, նախկին արտգործնախարար, 1990-2009 թթ. Բունդեսթագի պատգամավոր, Բեռլին, Գերմանիա, ինտերնետային կայք՝ http://markusmeckel.eu/

Թարգմանությունը՝ Հարություն Գ. Հարությունյանի

Open Access
This paper is published under the Creative Commons Attribution-ShareAlike 4.0 International license (CC BY-SA 4.0). Please note that individual, appropriately marked parts of the paper may be excluded from the license mentioned or may be subject to other copyright conditions. If such third party material is not under the Creative Commons license, any copying, editing or public reproduction is only permitted with the prior consent of the respective copyright owner or on the basis of relevant legal authorization regulations.